

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Mittwoch, dem 19.06.2019, im Kleinen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 13:10 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und des Ausführungsgesetzes zum Bundesteilhabegesetz (AG – BTHG)	103/2019 6
3.	Bericht der Verbraucherzentrale	099/2019 8
4.	Jobcenter Kreis Warendorf Sachstandsbericht	101/2019 9
5.	Gesundheitliche Beratung gemäß Prostituiertenschutzgesetz	092/2019 11
6.	Antrag "Genitalverstümmelung" der AfD Kreistagsfraktion	114/2019 12
7.	Antrag zum Projekt "Besser jetzt - gut beraten ins Alter" der CDU Kreistagsfraktion	119/2019 14
8.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beratung und Hilfe für Opfer sexualisierter Gewalt durch den Verein Frauen helfen Frauen e.V.	15

Anlagen

- Anlage 1 Herausforderungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)
- Anlage 2 Bericht der Verbraucherzentrale Ahlen
- Anlage 3 Sachstandsbericht des Jobcenters
- Anlage 4 Zeitschiene mittlere Integrationsdauer
- Anlage 5 Gesundheitliche Beratung gemäß Prostitutionsschutzgesetz im Kreis Warendorf
- Anlage 6 „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“
- Anlage 7 Antwort des Sozialamtes zur Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Beratung und Hilfe für Opfer sexualisierter Gewalt durch den Verein Frauen helfen Frauen e.V.

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Blömker, Franz-Ludwig
Geiger, Andrea
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Hein-Kötter, Dorothea
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Lehnert, Susanne, Dr.
Riveiro Vega, Sandra
Schindler, Ron
Steinkolk, Uwe
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
stellv. Ausschussmitglieder
Claßen, Anne
Dufhues, Hannelore
Holz, Günter
von der Verwaltung
Baldus, Beate
Beier, Susanne
Hückelheim, Wolfgang, Dr.
Klausmeier, Brigitte
Middendorf, Anne
Röhnelt, Anja, Dr.
Schabhüser, Helmut
Schmale, Rüdiger
Seidel, Ansgar, Dr.
Gäste
Kockmann, Jürgen
Spittler, Judith

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Aydemir, Ergül
Heringloh-Poll, Norbert
Lepper, Martin
Schmelter, Marion

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 07.06.2019 form- und fristgerecht erfolgt ist.

Herr Strübbe weist auf die nachgesandte Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, die als Tagesordnungspunkt 8 behandelt wird.
Des Weiteren wurde ein Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke zum Tagesordnungspunkt 6 nachgesandt.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es werden keine Fragen gestellt.

2.	Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und des Ausführungsgesetzes zum Bundesteilhabegesetz (AG – BTHG)	103/2019
----	--	-----------------

Herr Kockmann, Leiter des LWL-Inklusionsamtes Soziale Teilhabe, berichtet anhand einer Präsentation über die Herausforderungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) (sh. Anlage 1). Er berichtet über

- die Ausgangssituation,
- den Sachstand zum Gesamtplanverfahren mit BEI_NRW,
- die Zuständigkeiten und Heranziehung ab 2020,
- den Landesrahmenvertrag sowie
- das Projekt Umsetzung BTHG, Kommunikation.

Die zum 01.01.2020 anstehende Reformstufe 3 des BTHG regelt die Trennung der Fachleistungen und der existenzsichernden Leistungen der Menschen mit Behinderungen, erläutert Herr Kockmann. Während die Bewilligung der Fachleistungen vom LWL erfolge, werde der Kreis bzw. durch Heranziehung die Städte und Gemeinden für die existenzsichernden Leistungen zuständig. Die entsprechenden Leistungsbescheide für die Leistungsberechtigten seien bis zum 01.01.2020 zu erteilen.

Frau Middendorf teilt mit, dass im Kreis Warendorf ca. 850 Personen betroffen seien. Zur Erledigung der Aufgaben seien personelle Aufstockungen bei den Städten und Gemeinden erforderlich. Aktuell würden die Daten geprüft und in Kürze den Kommunen zur Verfügung gestellt. Diese werden die Hilfeempfänger über das weitere Verfahren zur Beantragung der Leistungen informieren.

Herr Kockmann weist darauf hin, dass der LWL ab 01.01.2020 für die Frühförderung zuständig ist. Die Bestandsfälle verbleiben im Rahmen einer Heranziehung bis zum 31.07.2022 beim Kreis.

Er teilt mit, dass am 05.06.2019 im Plenum (bestehend aus Vertretern der Landschaftsverbände, der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, der öffentlichen und privatgewerblichen Leistungserbringern sowie der Betroffenenverbände und des Landkreistages) beschlossen wurde, das Unterschriftenverfahren für den Landesrahmenvertrag einzuleiten. Dieser werde jetzt auf den Leitungsebenen aller Teilnehmer des Plenums geprüft. Nach der für den 15.07.2019 vorgesehenen Unterzeichnung des Vertrages könne dieser in Kraft treten.

Anschließend seien mit den Leistungserbringern noch Leistungsvereinbarungen und Vergütungsvereinbarungen abzuschließen.

Herr Hövelmann äußert sich skeptisch hinsichtlich des Zeitplanes, da für die Umsetzung nur noch ein halbes Jahr zur Verfügung stehe. Über den Ablauf des Verfahrens herrsche trotz stattfindender Informationsveranstaltungen für die Hilfeempfänger/Betreuer noch Unklarheit.

Frau Middendorf bestätigt, dass noch viel Aufklärungsarbeit erforderlich sei. Die Betreuer der Leistungsberechtigten seien oft hochbetagte Eltern und möglicherweise

mit dem Verfahren überfordert. Sie werden über die neuen Zuständigkeiten und Hilfen zur Antragstellung informiert. Die im Zusammenhang mit der Umsetzung des BTHG anstehenden Aufgaben werden im Arbeitskreis der Städte und Gemeinden ausführlich besprochen.

Trotz bestehender Schwierigkeiten sei sie sicher, dass die Leistungen pünktlich zum 01.01.2020 gewährt werden.

Herr Kockmann teilt mit, dass die Informationsschreiben des LWL bereits versandt wurden. Er weist auf die Internetseite www.bthg2020.lwl.org hin und berichtet, dass ab dem 24.06.2019 eine Hotline für Fragestellungen eingerichtet werde. Bei Bedarf könne direkt mit dem LWL Kontakt aufgenommen werden.

An der Diskussion zum Bericht des Herrn Kockmann nehmen Frau Birkhahn, Herr Strübbe und Herr Blömker teil.

Herr Strübbe dankt Herrn Kockmann für seinen Bericht.

3. Bericht der Verbraucherzentrale**099/2019**

Frau Spittler, Leiterin der Verbraucherzentrale, Beratungsstelle Ahlen, berichtet über das Angebot sowie zu den Inhalten und zum Beratungsumfang der Beratungsstelle (sh. Präsentation Anlage 2). Sie erläutert die Beratungsarbeit an konkreten Beispielen und teilt mit, dass die Zahl der Internetzugriffe auf die Seite der Verbraucherzentrale steige. Zudem werden viele Anfragen per Mail gestellt. Frau Spittler weist darauf hin, dass neben der Beratungsarbeit im persönlichen Gespräch Veranstaltungen der allgemeinen Verbraucherberatung durch Vorträge und Informationsstände in allen Orten des Kreises Warendorf stattfinden.

Im Rahmen der Verbraucherbildung seien die Projekte „GEt In“ –Konsumkompetenz für Geflüchtete– und „Durchblick“ –Konsumieren will gelernt sein– durchgeführt worden, führt Frau Spittler aus.

Abschließend weist sie auf die Sommertour 2019, u. a. zum Thema Vermeidung von Lebensmittelverschwendung hin.

Nach einem aktuellen Urteil habe jetzt jeder Verbraucher einen gesetzlich geregelten Rechtsanspruch auf ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen (Basiskonto), z. B. auch Wohnungslose und Asylsuchende.

An der Diskussion zu den Ausführungen von Frau Spittler beteiligt sich Herr Blömker.

Herr Strübbe dankt Frau Spittler für ihren Bericht.

4.	Jobcenter Kreis Warendorf Sachstandsbericht	101/2019
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Seidel gibt einen allgemeinen Sachstandsbericht (u. a. Prognose der Bedarfsgemeinschaften, Integrationen, Eingliederungstitel) und berichtet zum Stand des Projektes Rehapro sowie zum Umsetzungsstand des Teilhabechancengesetzes (s. Präsentation Anlage 3).

Er weist auf die aktualisierte Prognose der Bedarfsgemeinschaften hin, derzeit werden durchschnittlich 7.800 für 2019 erwartet. Die Differenz zum Plan 2019 resultiere einerseits aus einem geringeren Rechtskreiswechsel in das SGB II sowie einer kontinuierlichen Steigerung der Vermittlungen in Arbeit. Der positive Trend halte auch im Mai und Juni 2019 an.

Herr Dr. Seidel berichtet zur neuen Maßnahme „GEBIA“, bei der ein Maßnahmeträger eine hohe Personenzahl in eigener Verantwortung und mit großer Eigenständigkeit betreut. Durch diese Maßnahme sei es voraussichtlich möglich, den Eingliederungstitel von 12,7 Mio. € zu annähernd 100 % auszuschöpfen. Diese Maßnahme setze auf eine hohe Betreuungsintensität mit 4 Wochenstunden für die Dauer eines halben Jahres.

Zum Projekt Rehapro teilt Herr Dr. Seidel mit, dass aufgrund der fehlenden Rückmeldung zu den Gründen der Ablehnung des ersten Antrages voraussichtlich kein weiterer Antrag gestellt werde. Dafür nehme der Kreis Warendorf an dem LWL-Vorhaben neue Teilhabeplanung Arbeit (nTA) teil. Beteiligt seien das Jobcenter, das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien sowie das Sozialamt. Die Federführung des Projektes liegt beim Sozialamt.

Ziel sei die Erbringung aller Teilhabeleistungen aus einer Hand, die Auftaktveranstaltung werde in Kürze stattfinden.

Frau Beier berichtet über Zahlen und Fakten zu Flüchtlingen im SGB II-Bezug. Die Betreuung der Geflüchteten erfolge durch die Regionalteams sowie das Kompetenzteam Migration. Dessen Mitarbeitende seien mittlerweile im Zuge einer Nachjustierung in den Regionalteams verortet.

Sie weist auf das niedrige Sprachniveau vieler Flüchtlinge hin. Bedingt durch die Sprachschwierigkeiten könne eine optimale Integration in Arbeit durchaus 4,5 bis 5,5 Jahre dauern, bei Frauen noch länger, sofern diese zwischenzeitlich Kinder bekommen.

Auf Wunsch des Herrn Steinkolk wird der Zeitstrahl für eine durchschnittliche Integrationsdauer dem Protokoll beigefügt (sh. Anlage 4).

Herr Dr. Seidel weist darauf hin, dass ursprünglich im Rahmen des Kreisflüchtlingskonzeptes beschlossen worden sei, bei den Geflüchteten nicht die schnelle Integration um jeden Preis anzustreben, sondern möglichst eine nachhaltige und existenzsichernde Integration. Dieses Prinzip gelte weiterhin, doch werde davon abgewichen, wenn fehlende Leistungsbereitschaft oder –fähigkeit für einen jahrelangen Integrationsprozess festgestellt werde; dann forcieren das Jobcenter die schnelle Integration auch in den Helfermarkt.

Frau Hohmann de Palma erkundigt sich , ob die Kinder der Geflüchteten zur Regelschule gehen und fragt nach der Zahl der Flüchtlingskinder.

Frau Beier bestätigt dieses und erklärt, dass die Eltern der Kinder von der in der Schule erlernten deutschen Sprache profitieren.

Die Zahl der Kinder im SGB II-Leistungsbezug aus den 8 nichteuropäischen Asylzugangsländern belief sich im Januar 2019 auf 1.390, vgl. auch Folie 26 der Power-Point-Präsentation.

An der Diskussion zum Bericht von Herrn Dr. Seidel und Frau Beier nehmen zudem Herr Steinkolk, Herr Blömker und Frau Geiger teil.

5.	Gesundheitliche Beratung gemäß Prostituiertenschutzgesetz
-----------	--

092/2019

Frau Dr. Röhnelt berichtet zur gesundheitlichen Beratung gemäß Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) im Kreis Warendorf (sh. Präsentation Anlage 4).

Auf Nachfrage von Frau Geiger teilt sie mit, dass es eine hohe Dunkelziffer gebe. Erfasst seien nur Frauen in bekanntem Gewerbe, nicht solche die auf der Straße oder in einer Wohnung arbeiten.

Die Anzahl der Prostituierten im Kreis sei daher unklar, sie gehe jedoch davon aus, dass nur wenige zur Beratung kämen. Die Anmeldung sei jedoch deutschlandweit möglich, so dass die Beratung auch andernorts erfolgen könne.

Die ausgestellte Bescheinigung diene der Anmeldung beim Ordnungsamt.

Frau Dr. Röhnelt teilt mit, dass sich Prostituierte über die Webseiten „Zanzu“ (Mein Körper in Wort und Bild) in 13 verschiedenen Sprachen und „Lola“ (Informationen zum ProstSchG) informieren können. Hier werden auch Kontaktadressen von Beratungsstellen und der Gesundheitsämter angegeben.

Frau Hohmann de Palma erkundigt sich, ob das Gesetz sinnvoll sei oder, wie in einigen Ländern in Europa, Prostitution verboten werden sollte.

Frau Dr. Röhnelt hält das Gesetz zum Schutz der Prostituierten für sinnvoll, Kontrollen seien so möglich und es könne Hilfe gewährt werden.

An der Diskussion zum Bericht von Frau Dr. Röhnelt beteiligen sich desweiteren Herr Blömker, Frau Dufhues, Herr Strübbe und Frau Birkhahn.

6. Antrag "Genitalverstümmelung" der AfD Kreistagsfraktion 114/2019

Herr Strübbe erklärt, dass zum Tagesordnungspunkt ein weiterer Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vorliege.

Frau Hohmann de Palma begründet den Antrag damit, dass der Antrag der AfD-Fraktion nicht zielführend sei.

Herr Steinkolk begründet den Antrag der AfD Kreistagsfraktion mit fehlenden, öffentlich zugänglichen Informationen zum Thema Genitalverstümmelung. Er bittet um getrennte Abstimmung der Anträge.

Frau Birkhahn kündigt an, den inhaltlich weiterführenden Antrag zu unterstützen, jedoch nicht in der vorliegenden Fassung. Über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages solle einzeln abgestimmt werden.

An der Diskussion über die Anträge beteiligen sich des Weiteren Herr Stöppel und Frau Strecker.

Herr Strübbe lässt über den weitergehenden Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 14.06.2019 abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt,

1. durch intensive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein in der Bevölkerung sowie in den Institutionen – vor allem in den Bereichen des Gesundheits-, Sozial- und Integrationswesens – für die Thematik zu schärfen und damit die Handlungsbereitschaft in konkreten Gefährdungsfällen zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 16 Stimmen

2. die Präventions- und Sensibilisierungsarbeit auf Grundlage der Beratungen des „Rundes Tisches NRW gegen Beschneidung von Mädchen“ kontinuierlich zu optimieren sowie mit der vorhandenen spezifischen Frauenhilfeinfrastruktur zu verzahnen.

Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt

Ja 8 Stimmen

Nein 8 Stimmen

Enthaltung 0 Stimmen

3. eine spezifische Handlungsempfehlung für Fachkräfte im Sozialen Dienst, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, den Gesundheitssektor sowie Polizei und Justiz mit dem Ziel zu erstellen, einen Einblick in die Thematik zu geben,

zu sensibilisieren und eine erhöhte Sicherheit im Handeln zum Schutz der bedrohten Mädchen und jungen Frauen zu vermitteln. Zudem soll sie konkrete Hilfe im Einzelfall geben und die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Jugendhilfe aufzeigen. (Gute Vorlagen hierfür bieten z.B. die Veröffentlichungen von Terre des femmes)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Stimmen

Über den Antrag der AfD Kreistagsfraktion wird nicht abgestimmt.

7.	Antrag zum Projekt "Besser jetzt - gut beraten ins Alter" der CDU Kreistagsfraktion	119/2019
----	--	-----------------

Frau Birkhahn begründet den Antrag.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, über das Projekt „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“, zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Stimmen

Herr Blömker weist auf das Interesse der Gemeinde Wadersloh und der Stadt Warendorf zur Teilnahme am Projekt hin. Er erkundigt sich zum zusätzlich erforderlichen Personal, wenn das Projekt ausgeweitet werden sollte.

Frau Middendorf erläutert, dass der politische Prozess in Wadersloh abgeschlossen sei, die Gemeinde habe sich im Herbst 2018 für eine Teilnahme am Projekt beworben. Ende Juni finde ein erstes Gespräch mit dem Bürgermeister statt.

Die Stadt Warendorf hatte zu einem Informationsgespräch eingeladen, aber noch kein echtes Interesse an einer Teilnahme am Projekt bekundet, auch weil der Kreis derzeit nicht über die erforderlichen personellen Ressourcen verfügt.

Frau Middendorf weist darauf hin, dass die Durchführung des Projektes nur möglich sei, wenn dieses von der teilnehmenden Stadt inhaltlich mitgetragen werde.

Frau Baldus erläutert das Projekt nochmals anhand einer Präsentation (sh. Anlage 5). Zum Modellprojekt in Everswinkel teilt sie mit, dass inzwischen die 3. Phase mit ca. 50 – 60 Briefen gestartet wurde.

Frau Klausmeier weist darauf hin, dass es nicht möglich sei, das Projekt in allen Orten des Kreises gleichzeitig durchzuführen. Derzeit seien Beelen, Wadersloh und Warendorf interessiert.

Frau Middendorf teilt mit, dass voraussichtlich ca. eine zusätzliche Stelle in der Pflege- und Wohnberatung erforderlich sei. Eine genaue Berechnung sei jedoch notwendig. Auch sei entscheidend, welche Städte und Gemeinden die Teilnahme am Projekt wünschen.

Herr Blömker regt an, allen Kommunen die Teilnahme am Projekt anzubieten. Es sei eine klare Rückmeldung zur Teilnahme erforderlich.

Frau Birkhahn bedankt sich für die Informationen.

8.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beratung und Hilfe für Opfer sexualisierter Gewalt durch den Verein Frauen helfen Frauen e.V.	
-----------	--	--

Frau Hohmann de Palma begründet die Anfrage.

Frau Klausmeier weist darauf hin, dass die Anzeigen nach der Silvesternacht 2015 in Köln deutlich gestiegen sind. Ebenso seien die strafrechtlichen Bewertungen geändert worden. Auch dieses seien Gründe für einen Anstieg der Anzeigen.

Frau Middendorf beantwortet die einzelnen Fragen. Die Antworten sind als Anlage 7 beigefügt.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 13.10 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Brigitte Klausmeier
Schriftführerin